

19. Juni 2007, Neue Zürcher Zeitung

## Ein Bruderkampf am Rand des Abgrunds

### Historische Hintergründe des Konflikts zwischen Fatah und Hamas

**In den vergangenen Tagen erlebten die wenigen verbliebenen Symbole palästinensischer Staatlichkeit eine dramatische Selbstdemontage. Die verfeindeten Parteien Fatah und Hamas gehen mit einer Brutalität gegeneinander vor, die Züge eines Bürgerkriegs trägt.**

Dass sich Fatah und Hamas heute so unversöhnlich gegenüberstehen, zeugt von einer gewissen Ironie. Denn in ihrer historischen Genese und sozialen Zusammensetzung, ihrer nationalreligiösen Ideologie und ihrem Wechselbad aus Militanz und politischem Pragmatismus sind die Gruppierungen eigentlich gar nicht so weit voneinander entfernt. Yasir Arafat und viele seiner Mitkämpfer standen in den fünfziger und sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts den Muslimbrüdern nahe, und in der Fatah mischten sich immer nationale mit religiösen Motiven für die Befreiung Palästinas. Umgekehrt stand für die Muslimbrüder, aus deren Organisation sich die Hamas entwickelte, das Engagement für Palästina noch über der Religion und der islamischen Gemeinschaft (Umma).

Die grundlegende Differenz zwischen den beiden Gruppierungen besteht in der Radikalität der bisher nicht aufgegebenen Hamas-Charta, welche die Zerstörung Israels und die Einsetzung eines islamischen Gottesstaats verlangt. Zudem existieren Unterschiede in der Analyse und Bewertung politischer Ereignisse und Fragen, etwa ob und zu welchen Zeiten der bewaffnete Widerstand gegen die israelische Besatzung möglich und sinnvoll sei, wann und zu welchen Bedingungen Verhandlungen geführt und welche Konzessionen dabei gemacht werden dürften. Doch die Nähe zu israelischen Stellen bis hin zur Zusammenarbeit mit ihnen unterscheidet sie wiederum nicht prinzipiell. Die Muslimbrüder wurden bis zum Ausbruch der ersten Intifada im Dezember 1987 noch von Israel als Gegengewicht zur PLO unterstützt, was der Hamas seinerzeit das Image der Kollaboration eintrug. In den letzten Jahren kam hingegen die Fatah in Verruf, als Trägerin der Autonomiebehörde Sicherheitsdienste für Israel zu leisten. Die heutige Polarisierung erklärt sich eher aus den unterschiedlichen Erfahrungen verschiedener Segmente der palästinensischen Gesellschaft, im Gazastreifen und in Cisjordanien, unter israelischer Besatzung oder im Exil.

#### Historischer Rückblick

Die regionale Zersplitterung des palästinensischen Volkes begann 1947/48, mit der Erfahrung von Besatzung und Vertreibung im ersten Nahostkrieg. Der Gazastreifen blieb von 1948 bis 1967 unter ägyptischer Besatzung, Jordanien annektierte das Westjordanland. Die von Anfang an in beiden Gebieten vertretenen Muslimbrüder machten gegensätzliche Erfahrungen. In Jordanien blieben sie eine bis heute tolerierte, gewaltfreie Oppositionspartei. Im Gazastreifen dagegen wurden sie 1954 wie in Ägypten verboten und in den Untergrund gedrängt. Dies mag erklären, warum sie dort straffer organisiert waren und sich 1987 als Hamas formierten (Harakat al- Muqawama al-Islamiya, Islamische Widerstandsbewegung).

Die Muslimbrüder distanzieren sich von der 1965 gegründeten bewaffneten Fatah-Bewegung, die mit zahlreichen links-säkularen Milizen unter dem Dach der PLO von ausserhalb des historischen Palästina den bewaffneten Kampf gegen Israel aufnahm. Für die Muslimbrüder blieben dagegen bis 1987 der Bau von Moscheen, Bildungsarbeit und die soziale Veränderung in den besetzten Gebieten prioritär. Erst mit Beginn der ersten Intifada, die zunächst spontan und unorganisiert im Dezember 1987 ausbrach, wechselten sie ihre Strategie. Nun hielten sie die soziale Veränderung und den bewaffneten Kampf gleichermaßen für bedeutend. In dieser Kombination aus politisch-militärischem Widerstand, Bildungsarbeit und sozialem Engagement trafen sie die Bedürfnisse dieses Aufstands eher als die von ausserhalb agierenden Parteien der PLO.

In den Friedensgesprächen der 1990er Jahre diente die Intifada dann jedoch vorwiegend als Verhandlungsmasse, deren Aktivisten sich in den neu geschaffenen Institutionen der Autonomiebehörde unterrepräsentiert fanden. Nach der euphorisch gefeierten Rückkehr der PLO machte sich bald Ernüchterung breit. Die PLO hatte Israel gegenüber weitgehende Konzessionen gemacht, die Anerkennung des Existenzrechts Israels und einen Gewaltverzicht, doch Israel zögerte den zugesagten Rückzug aus Teilen der 1967 besetzten Gebiete heraus, forcierte stattdessen sogar noch den Siedlungsbau. Die Hamas, die wie viele palästinensische Intellektuelle und Parteien den Ausverkauf palästinensischer Forderungen kritisiert hatte, sah sich in ihrer Skepsis bestätigt.

Die aus dem Exil zurückgekehrten PLO- Funktionäre besetzten die wichtigsten Ämter des rudimentären palästinensischen Kleinststaates. Dabei siedelten sie sich bevorzugt in Cisjordanien an, der Gazastreifen blieb unterrepräsentiert und unterversorgt. Wesentlich hing diese Zweiteilung auch mit der israelischen Besatzungspolitik zusammen, die keine freie Passage zwischen den beiden Gegenden zulässt. Der Gazastreifen wurde mehr und mehr zum Armenhaus, in dem heute 80 Prozent der 1,5 Millionen Bewohner unter dem Existenzminimum leben. In diesem Versorgungs- und Machtvakuum erstarkte die Hamas, die in ihrer Sozial- und Erziehungsarbeit als professionell und unkorrupt gilt und sich auch um Arme und Marginalisierte kümmert. Die Fatah baute hingegen in Cisjordanien ein Klientensystem für ihre Gefolgsleute auf. Ein undurchsichtiges Netzwerk aus Sicherheits- und Geheimdiensten kontrollierte die palästinensischen Gebiete. In den Gefängnissen wurde gefoltert - auch viele Hamas-Mitglieder. Diese Erfahrung steigerte die Enttäuschung und Wut auf die eigene Regierung.

## Regierungswechsel

Die Fatah als grösste Einzelorganisation der PLO - der die Hamas nicht beitrug - hatte sich daran gewöhnt, als stärkste Kraft wesentlich über die Geschicke der Palästinenser zu entscheiden, und ihr Vorsitzender, Yasir Arafat, galt international als das Gesicht des Palästinenservolkes. Derart an die Macht gewöhnt, stand die Fatah nach seinem Tod Ende 2004 vor der Schwierigkeit, sein Charisma in die institutionalisierte Herrschaft zu retten. Mit der Wahl von Mahmud Abbas zum Präsidenten gelang ihr dies zunächst noch. Doch bei den Parlamentswahlen Anfang 2006 lief ihr die Hamas bei der zunehmend enttäuschten und frustrierten Wählerschaft den Rang ab.

Die Fatah konnte in den folgenden Monaten ungestraft zündeln, etwa als bei gewaltsamen Protesten wegen der Mohammed-Karikaturen in europäischen Zeitungen Fatah-Milizionäre ihren Frust an Einrichtungen der EU abregierten, aus deren Hilfsgeldern sich bisher ihre korrupten Parteifunktionäre bedient hatten. Kämpfer der zur Fatah gehörenden Al-Aksa-Brigaden drohten damit, europäische Staatsangehörige zu entführen, falls sich deren Regierungen nicht formell für die Karikaturen entschuldigten. Währenddessen verhielt sich die Hamas flexibel und beteiligte sich nicht an den gewaltsamen Protesten.

Dennoch verhängten die USA und die EU umgehend einen Boykott gegen die unerwünschten Wahlsieger, weil diese sich weigerten, bedingungslos das Existenzrecht Israels anzuerkennen. Israel hält ausserdem der palästinensischen Regierung zustehende Zolleinnahmen zurück. Damit sollte der Hamas das Regieren unmöglich gemacht werden, um die Bevölkerung von ihr zu entfremden. Doch ob Neuwahlen heute das «erwünschte» Ergebnis eines Fatah-Sieges bringen würden, scheint zweifelhaft.

Nicht nur politisch, sondern auch militärisch beteiligte sich die Fatah am Boykott der Hamas- Regierung - die seit dem Mekka-Abkommen im Februar 2007 gegründete gemeinsame Regierung änderte daran nur wenig. Die mit Fatah-Gefolgsleuten durchsetzten Sicherheitskräfte verweigerten der gewählten Regierung den Gehorsam und wurden dadurch faktisch zu nichtstaatlichen Milizen. In den letzten Wochen wurde zudem publik, dass die USA und Israel den Umbau der Präsidentengarde von Mahmud Abbas zur Elitetruppe finanzieren und diese mit Waffen versorgen. Möglicherweise griff die Hamas deshalb jetzt an und entmachtete die Fatah im Gazastreifen, um ihrer eigenen Entwaffnung durch eine militärisch gestärkte Fatah zuvorzukommen. Ob die plötzliche Begeisterung der USA und Israels für eine Fatah-Regierung in Cisjordanien von den Palästinensern geteilt wird oder ob dies nur zur weiteren Zerstückelung und Teilung Palästinas führen wird, bleibt abzuwarten.

Stephan Rosiny

Stephan Rosiny ist Islamwissenschaftler und lehrt an der Freien Universität Berlin.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter: <http://www.nzz.ch/2007/06/19/fe/articleF9VEA.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG